

PRODUKTIVITÄTSBERICHT 2024: WEICHEN FÜR DIE NACHHALTIGE SICHERUNG DES WIRTSCHAFTSSTANDORTES MÜSSEN JETZT GESTELLT WERDEN

Österreichs Wirtschaft kämpft mit steigenden Kosten, Arbeitskräfteknappheit und Versäumnissen in der Digitalisierung und Energiepolitik – Der Produktivitätsbericht 2024 legt zwölf Empfehlungen vor, wie die nächste Regierung durch Maßnahmen in diesen Bereichen die Wettbewerbsfähigkeit und den Standort stärken sollte.

„Österreich steht am Scheideweg: Steigende Arbeits- und Energiekosten belasten die Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure und zusätzlich hemmt der Arbeitskräftemangel das Wachstum. Die Einkommen sind in Österreich zwar hoch, doch nicht alle Bevölkerungsgruppen profitieren davon und das Ausmaß der absoluten Armut ist zuletzt gestiegen. Die grüne Transformation und die Digitalisierung erfordern massive Investitionen, die durch die Rezession und eine angespannte budgetäre Lage erschwert werden“, fasst Christoph Badelt, Vorsitzender des Produktivitätsrates, den Status Quo zusammen. Er fordert „innovative Lösungen und eine neue Ausrichtung der Wirtschaftspolitik“, um Reformstaus zu beseitigen und Österreich fit für die Zukunft zu machen.

Die Digitalisierung ist ein Schlüssel zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.

Der Einsatz fortschrittlicher digitaler Technologien kann die Produktivität stark verbessern, doch Österreich liegt im internationalen Vergleich in wichtigen Bereichen zurück. Ein Grund dafür ist der Mangel an IT-Fachkräften. Außerdem ist die Breitbandabdeckung unterdurchschnittlich und vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) nutzen fortschrittliche Technologien vergleichsweise selten. Hohe Anfangsinvestitionen stellen für kleine Unternehmen eine Hürde dar und erschweren bei diesen die Anwendung neuerer Technologien. Angesichts des immer schnelleren technischen Wandels im Bereich der digitalen Spitzentechnologien muss Österreich dringend handeln, um frühere Versäumnisse aufzuholen. **Der Produktivitätsrat empfiehlt eine umfassende Digitalisierungsoffensive.** Dazu gehören ein schnellerer Ausbau des Breitbandnetzes, Maßnahmen zur Beseitigung von Kostennachteilen der KMUs bei der Nutzung digitaler Technologien, die weitere Digitalisierung und Entbürokratisierung von Unternehmensgründungen sowie ein umfassender Ansatz zur Stärkung digitaler Kompetenzen im Rahmen des Bildungssystems aber auch in den Unternehmen.

Die Bereitstellung kostengünstiger Energie aus klimaneutralen Energiequellen sollte zügig vorangetrieben werden.

Nach einer kurzen Phase der Entspannung steigen die Energiepreise aktuell wieder an. Besonders die Preise für Strom und Gas sorgen für große Schwankungen. Sie sind in Österreich stärker aneinander gekoppelt als in vielen anderen EU-Ländern. In der Industrie sind die Energiepreise in den letzten Jahren stark gestiegen und belasten nun die Wettbewerbsfähigkeit in wichtigen Branchen wie dem Fahrzeugbau. Gleichzeitig sind die Lohnkosten gestiegen. Das erhöht den Kostendruck auf die Unternehmen weiter. **Der Produktivitätsrat empfiehlt die Beschleunigung des Ausbaus von erneuerbaren Energien und der Energieinfrastruktur zur langfristigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.** Gleichzeitig sollte Österreich seinen Gasbezug weiter diversifizieren. Kurzfristige Entlastungen bei allen Bestandteilen des Energiepreises, wie z. B. bei den Energiesteuern, könnten Unternehmen helfen, mit den aktuellen Herausforderungen umzugehen. Mittelfristig ist es wichtig, industrielle Prozesse stärker auf Elektrizität umzustellen, energieeffizienter zu machen und klimaneutrale Energieträger zu nutzen. Auch die Gestaltung der Netzegebühren und Energiesteuern sollte diesen Entwicklungen Rechnung tragen.

Maßnahmen zur Mobilisierung des Arbeitskräfteangebots sind erforderlich.

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird durch die demografische Entwicklung bis 2060 stark zurückgehen. Modell-Simulationen des Produktivitätsrates zeigen, dass sich das Wirtschaftswachstum durch die schrumpfende Erwerbsbevölkerung erheblich verlangsamt, sofern das Produktivitätswachstum nicht deutlich zunimmt. Dies ist jedoch angesichts des langfristigen Wachstumstrends der Arbeitsproduktivität unwahrscheinlich. Eine Mobilisierung des Arbeitskräftepotenzials ist daher notwendig, um die langfristige Verlangsamung des Wirtschaftswachstums einzudämmen. Maßnahmen wie die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Menschen sowie die Verbesserung des Qualifikationsniveaus könnten den Wohlstand (gemessen als BIP pro Kopf) signifikant steigern. Dafür sind mehr Kinderbetreuungsplätze und flexible Arbeitszeitmodelle für Frauen notwendig. Eine Koppelung des Pensionsantrittsalters an die Lebenserwartung würde ebenfalls zur Mobilisierung des Arbeitskräftepotenzials beitragen. Migration kann zusätzlich helfen, das Arbeitskräfteangebots zu stabilisieren. Die stärksten Effekte ergeben sich aus kombinierten Maßnahmen. **Der Produktivitätsrat empfiehlt ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Mobilisierung des Arbeitskräfteangebots**, das diese Punkte abdeckt.

Die Chancengleichheit am Arbeitsmarkt sollte durch den Abbau sozialer Barrieren und die Stärkung frühkindlicher Förderung verbessert werden.

Bildung und Qualifikation sind entscheidend für individuelle Arbeitsmarktchancen und für das wirtschaftliche Wachstum. In Österreich hängen schulische Leistungen und Bildungswege stark vom familiären Hintergrund ab. Zwar wurden im Finanzausgleich 2024–2028 zusätzliche Mittel für die Verbesserung der frühkindlichen Betreuung und Bildung bereitgestellt, es fehlen jedoch weiterhin einheitliche Qualitätsstandards und klare Ziele. Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund, ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr sowie Unterstützung für sozial benachteiligte Kinder sind notwendig, um sozioökonomische Ungleichheiten zu reduzieren. Die frühe Differenzierung der Bildungswege beeinträchtigt die Chancengleichheit vieler Schüler:innen und finanzielle und soziale Hürden erschweren den Erwerb von Qualifikationen. **Der Produktivitätsrat empfiehlt daher Maßnahmen, die allen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung und den Erwerb zusätzlicher Qualifikationen ermöglichen.** Dazu sind einheitliche Qualitätsstandards und ausreichende Ressourcen für alle Bildungsbereiche notwendig. Ausbildungsinitiativen und verbesserte Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich sind entscheidend, um Personalengpässe zu vermeiden.

Aufgaben und Zusammensetzung des Produktivitätsrates

Der 2022 gegründete Produktivitätsrat analysiert die langfristige Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und gibt in seinem jährlichen Bericht an den Nationalrat auch Empfehlungen an die Bundesregierung. Das fünfköpfige Gremium unter dem Vorsitz von Christoph Badelt, auch Präsident des Fiskalrates, wird von einem Büro unterstützt, das an der Oesterreichischen Nationalbank angesiedelt ist. Der aktuelle Produktivitätsbericht 2024 steht zum Download zur Verfügung: [Produktivitätsrat – PROD-Jahresbericht 2024](#).

Rückfragehinweis:

Dr. Andreas Reinstaller

Büro des Produktivitätsrates

M: +43(0)676 6672574

Email: andreas.reinstaller@produktivitaetsrat.at

<https://www.produktivitaetsrat.at/>